

Auszug: „50 Jahre Bundeswehr“, Hrs. German Defense Mirror, Verlag Rüdiger Hulin, Bonn, Mai 2005, S. 156 ff.

Der „NATO-Doppelbeschluss“, von Michael Forster

Am 28. Oktober 1977 startete der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt mit seiner Rede vor dem "International Institute for Strategic Studies" (IISS) in London die Debatte, die 1979 zum sog. NATO-Doppelbeschluss führte:

"Eine auf die Weltmächte USA und Sowjetunion begrenzte strategische Rüstungsbegrenzung muß das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen, wenn es nicht gelingt, die in Europa bestehenden Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen abzubauen. Solange dies nicht geschehen ist, müssen wir an der Ausgewogenheit aller Komponenten der Abschreckungsstrategie festhalten. Das bedeutet: Die Allianz muß bereit sein, für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen und allen Entwicklungen vorzubeugen, die unserer unverändert richtigen Strategie die Grundlage entziehen könnten."

Wenig später, am 9. November 1977 lag dem Bundessicherheitsrat der Bundesregierung eine Beschlussvorlage zum Thema „Grauzone“ vor:

- Zwischen eindeutig nuklear-strategischen und nuklear-taktischen Einsatzmitteln liegt eine Grauzone;
- Man erwartet eine sowjetische Aufrüstung in die Größenordnung von 4.000 Nuklear-Sprengköpfen, aufgesetzt auf die mobile Mittelstrecken-Rakete SS-20 (Reichweite ca. 4.500 km, drei einzeln lenkbare Sprengköpfe, erste Stationierung 1977);
- Parität ist das zentrale Rüstungskontroll-Prinzip der NATO;
- Wenn auf dem Vertragswege kein ausgeglichenes Kräfteverhältnis erreicht werden kann, muss sich die Nordatlantische Allianz zum Ausbau ihres Potentials entschliessen.

Festzuhalten bleibt, dass

- die zunächst so genannte „Grauzonen-Problematik als deutsche (und europäische) Initiative gegenüber der amerikanischen Führungsmacht aufgebracht wurde, und
- sie ihre Begründung in einem ansteigenden Misstrauen gegenüber der U.S.-Regierung fand, dass diese ihre nationale Nuklear-Strategie von einer glaubwürdigen NATO-Strategie abkoppelte.

Zum Lagebild dieser Einschätzung gehörten:

- das strategisch-nukleare Patt zwischen U.S.A. und UdSSR,
- die absehbare massive Überlegenheit der UdSSR gegenüber dem euro-strategischen Raum der NATO sowie die
- konventionelle militärische Überlegenheit des Warschauer Paktes gegenüber den NATO-Streitkräften in West-Europa, vor allem aufgrund des nachführbaren Potentials der sog. 2. und 3.strategischen Staffeln, die im westlichen Teil der UdSSR stationiert waren.

Aus dieser militär-strategischen Ebene wurde für die der politischen Strategie der NATO geschlossen, dass die Wirksamkeit und das Kontinuum einer kriegsverhindernden, weil glaubwürdigen, Abschreckung auf mittel- und langfristige Sicht nicht mehr gewährleistet werden könne.

Bezüglich annähernd realistischer Annahmen für diese Bedrohung hatte man dabei zunächst gar nicht von einem Kriegs-Szenarium auszugehen, sondern von der Option Moskaus, mit ihrem euro-strategischen Militär-Potential zu drohen, damit europäischen Regierungen ihre politische Handlungsfreiheit verlieren und sich so eine politische Dominanz des Kreml ergeben würde. Der NATO-Doppelbeschluss selbst kann durchaus als konkretes Beispiel für diese Sichtweise des damaligen politisch-strategischen Ringens zwischen NATO und Warschauer Pakt gelten.

Nach zwei Jahren intensiver Konsultationen beschlossen die Aussen- und Verteidigungsminister der NATO in einer historisch zu nennenden Sondersitzung am 12. Dezember in Brüssel, ab 1983 landgestützte nukleare Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren und ihren Bedarf „im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse“ zu prüfen. Vorgesehen waren 572 weiterreichende Nuklear-Systeme (Long Range Theater Nuclear Forces, LRTNF).

Diese im späteren Verlauf als „NATO-Doppelbeschluss“ bezeichnete politische Strategie des Bündnisses (modernisieren und verhandeln) enthielt rein theoretisch die Möglichkeit, dass sich NATO und Warschauer Pakt darauf einigen, zu einer beiderseitigen Null-Lösung zu kommen. Diese Variante wurde aber erstmals von Helmut Schmidt in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 30. Juni 1981 auch als „theoretischer Idealfall“ bezeichnet und der damalige Präsident Ronald Reagan bestätigte am 18. November 1981 diesen Vorschlag als amerikanische Verhandlungsposition.

Nur als „theoretisch“ war die (Doppel-)Null-Lösung in der damaligen Zeit einzustufen:

- NATO und Warschauer Pakt standen sich politisch und militärisch in einer Art und Weise gegenüber, die man entweder bewusst miterlebt haben muss oder durch empathische Intelligenz aus den Geschichtsbüchern nachvollziehen könnte;
- Beide Seiten hatten neben ihrer unvorstellbaren konventionellen Militär-Maschinerie ein land-, luft- und see-gestütztes nukleares Arsenal verfügbar, dessen Sprengkopf-Zahl zusammen auf Größenordnungen jenseits von 70.000 zu beziffern war, ganz abgesehen von biologischen und chemischen Kriegsmitteln;
- Zwar hatte die Kuba-Krise, die die Supermächte 1962 an den Rand eines Nuklear-Krieges geführt hatte, erste zaghafte Erfolge der Rüstungskontrolle (im Sinne von nicht „schmerzhaften“ Begrenzungen der militärischen Kapazitäten) erbracht. Dass aber die UdSSR auf ihre SS-20-„Vor-Rüstung“ verzichten würde angesichts der als mangelhaft einzuschätzenden Durchsetzbarkeit der Stationierung von Nuklearwaffen in den akzeptanz-abhängigen Demokratien Europas, erschien damals als illusionär.

Nach dem NATO-Doppel-Beschluss entwickelte sich so eine Debatte über die „Wirklichkeit“ der Sicherheitspolitik, die z.B. in Deutschland an die Intensität des Streits über die Wiederbewaffnung heranreichte. Nicht nur in Deutschland entstand eine vorher nie gesehene „Friedens-Bewegung“. Trotz nahe und bedrohlich wirkender Schreckens-Szenarien, die auf der SS-20 aufbauten und den politischen Sieg des Kommunismus im

geteilten Europa androhten, ergaben sich in den Meinungsumfragen durchgängig Mehrheiten gegen eine mögliche Stationierung von neuen NATO-Nuklear-Waffen in den Demokratien West-Europas.

Diese Gegnerschaft wurde durch einen fassbaren, allerdings auch unfassbaren „Mix“ aus Argumentations-Linien genährt, der für aktuelle sicherheitspolitische Fragen einen gewissen Wiedererkennungswert besitzt.

Einesehbar war, dass pazifistische, moralische und nicht durch ernsthafte sachliche Information abgedeckte Meinungen populär waren. Nicht näher definieren konnte man auch die schlichte Angst, die durchschnittliche Bundesbürger zur Ablehnung trieb. Dazu kamen aber fachliche Gegen-Argumente, die einen Anschein von sicherheitspolitischer Seriosität hatten:

- Der (millionenfache) nukleare Overkill mache die Nachrüstung widersinnig;
- Man könne den Kreml mit einseitigen Vorleistungen beeindrucken;
- Die Erklärung der eigenen Region zur atomwaffenfreien Zone würde die Bedrohung abwenden.

Eine Reihe namhafter Politiker, Experten und Autoren fügte diesem Meinungsbild jedoch neu erscheinende Fiktionen hinzu, die die in 1983 zu befürchtende Erst-Stationierung der neuen Mittelstrecken-Waffen zu einer düsteren amerikanischen Verschwörung stilisierten:

- Die U.S.-Regierung habe eine neue Strategie für den Nuklearkrieg entwickelt, mit der sie die politische und militärische Führung der UdSSR „enthaupten“ könne (begrenzter Raketen-Einsatz gegen die Kommunikations-Zentren);
- Unter dem Stichwort „Horizontale Eskalation“ mutmasste man:
Falls die USA am Persischen Golf zur „Rohstoffsicherung“ einen konventionellen Krieg beginnen, würde der Einsatz der neuen Nato-Raketen durch Eröffnung einer neuen Front Entlastung schaffen;
- Die perfideste U.S.-Verschwörung belegte der Begriff „Euroshima“: Die U.S.-Regierung will mit den in Europa stationierten Raketen einen Nuklearkrieg beginnen und kann diesen auch auf Europa begrenzen; so wolle man sich lästige Konkurrenten vom Halse schaffen. Dieses Themas bemächtigte sich sogar die Musik-Band „Geier Sturzflug“; mit dem Song „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht“ erreichte sie bei der ZDF-Hitparade am 19. 9. 1983 die „Goldene 1“.

Insgesamt entstand eine Situation, die ein damaliger Scherz so charakterisierte: Vor dem NATO-Doppelbeschluss hatte man nur die Möglichkeit, die einzigen drei Nachfahren des legendären Strategen Carl von Clausewitz in einem einzigen Wirtshaus irgendwo in der Bundesrepublik zu treffen. Nach dem NATO-Beschluss konnte man jedoch gleichzeitig in jeder beliebigen Kneipe mindestens dreien dieser Clausewitzbegegnungen begegnen.

Ende September 1982 endete die Regierungs-Koalition aus SPD und FDP; Helmut Kohl wurde Bundeskanzler einer Regierungs-Koalition aus CDU/CSU sowie der FDP. Als Gründe für das konstruktive Misstrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wurden genannt:

- Die mangelhafte Wirtschafts- und Finanzpolitik

- die stark abnehmende Unterstützung der SPD für die Zustimmung des Schmidt-Kurses bezüglich seines weiteren Festhaltens am Nachrüstungs-Kurs.

Gleichzeitig beschloss die neue Bundesregierung jedoch, sich im Frühjahr 1983 Wahlen zu stellen. Natürlich spielte die Nachrüstungsfrage eine äusserst wichtige Rolle im Wahlkampf. Die SPD wendete sich gegen die Absicht einer möglichen Stationierung. Das Ergebnis der Bundestagswahl am 6. März 1983 war aus der Sicht der Nachrüstungs-Gegner schon überraschend, hatte es doch immer eindeutige Mehrheiten bei Meinungsumfragen für sie gegeben. Helmut Kohl konnte für die CDU/CSU 48,8 % gewinnen und mit Hans-Dietrich Genscher (6,9 % FDP) die Regierungskoalition bilden; die SPD erreichte unter Führung von Hans-Jochen Vogel 38,2 %. Die „Grünen“, die besonders nachdrücklich gegen die NATO-Politik argumentierten, zogen mit 5,6 % erstmals in den Deutschen Bundestag ein.

Am 22. November 1983 stimmte dann die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP der Stationierung der 108 Pershing II-Raketen auf deutschem Boden zu. Der ausserparlamentarische Protest gegen diese Entscheidung erreichte ein ungeahntes Ausmass.

Auch die Regierungen, in deren Ländern die 464 bodengestützten Marschflugkörper stationiert werden sollten (Vereinigtes Königreich, Niederlande, Italien), entschieden sich trotz massiver Proteste der nationalen Friedensbewegungen für die Stationierung.

Allerdings waren für diese NATO-Frage auch (und vor allem) die politischen Entwicklungen in den U.S.A und der UdSSR entscheidend. Der seit Januar 1981 amtierende U.S.-Präsident Ronald Reagan steuerte gegenüber dem Warschauer Pakt eine deutlich konfrontative Politik. Neben einem betonten Aufrüstungskurs verkündete er 1983 zusätzlich die „Strategic Defense Initiative“ (SDI); mit diesem Projekt sollten eine Reihe von Abwehr-Möglichkeiten gegen Interkontinental-Raketen vorangetrieben werden. Diese „Star Wars“-Strategie wurde natürlich von der Friedensbewegung als weiterer Beleg für eine abenteuerliche Politik der amerikanischen Regierung gewertet.

Im Nachhinein wird allerdings deutlich, dass die Sicherheitspolitik der NATO an dem Ort, auf den es ankam, ganz andere Wirkung zeigte. Nach dem Tod von Leonid Breschnew im November 1982 wählte das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) als neuen Generalsekretär Yuri Andropov. Dessen Nachfolger Konstantin Tschernenko folgte ab März 1985 Michail Gorbatschwo. Augenscheinlich war das Politbüro nicht in der Lage, die politische Standfestigkeit der NATO bezüglich der Durchführung der Stationierung von Mittelstrecken-Waffen richtig einzuschätzen. Darüber hinaus war die politische, ökonomische und ökologische Situation der UdSSR katastrophal, auch die der Staaten des Warschauer Paktes. Bis zum Amtsantritt von Michail Gorbatschow war das Politbüro der KpdSU zu tiefgreifenderen Reformen unfähig.

Der neue Generalsekretär änderte die Politik der UdSSR auf dramatische Weise. Im Bereich der nuklearen Rüstungskontroll-Politik bzw. Abrüstung erbrachte der amerikanisch-sowjetische Gipfel in Reykjavik (11./12. Oktober 1986) nicht nur in Bezug auf die strategisch-nukleare Abrüstung, sondern auch im Bereich der

Mittelstrecken-Waffen einen Durchbruch. Dieses Treffen führte zu dem Vertrag zwischen den U.S.A. und der UdSSR über die beiderseitige Eliminierung aller Mittelstreckenwaffen (inzwischen „Long Range Intermediate Nuclear Forces“, LRINF, genannt, Reichweite 1.000 bis 5.500 km) sowie aller „Short Range Intermediate Nuclear Forces“ (SRINF) der Reichweiten-Klasse 500 bis 1.000 km) vom 7. Dezember 1987.

Bis zum im Vertrag vereinbarten Zeitpunkt, dem 1. Juni 1991, wurden auf Seiten der Sowjet-Union

- 718 SS-12,
- 239 SS-23,
- 654 SS-20,
- 149 SS-4,
- 80 SS-CX-4 und
- 6 SS-5 zerstört.

Auf amerikanischer Seite wurden

- 169 Pershing Ia,
- 284 Pershing II und
- 379 landgestützte Marschflugkörper (GLCM) verschrottet.

Was noch ca. 7 Jahre vorher als „theoretischer Idealfall“ (quasi bespöttelt) worden war, wurde unglaubliche Wirklichkeit.

Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl hielt am 27. April 1993 in Bonn eine Rede, die den Horizont des Vorganges erweitert:

„Wäre ich 1982/83 den demoskopischen Daten gefolgt, dann wäre der NATO-Doppelbeschluss nicht vollzogen worden. Wie ich von Michail Gorbatschow selber weiss, hat jedoch gerade die Geschlossenheit und Standfestigkeit des Bündnisses zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts entscheidend zum „Neuen Denken“ in der sowjetischen Führung und damit letztlich auch zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.“

In der Geschichte der politischen -vor allem sicherheitspolitischen - Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschauer Pakt ist dem NATO-Doppelbeschluss ein herausragender historischer Rang zuzuweisen. Der politische Verlauf auf Seiten der NATO hat mit hinreichender Sicherheit dazu beigetragen, dass die Strategie des Politbüros der KPdSU erheblich angeschlagen wurde.

Unbestritten dürfte sein, dass ein ganzes Bündel von Faktoren dazu beigetragen hat, dass sich der Warschauer Pakt 1991 auflöste und demokratie-strukturelle Merkmale politischer Staats-Konstitution (wieder) angewandt wurden. Zum Beginn dieses Prozesses ist aber der phänomenale Vorgang festzustellen, dass gerade aus jenem Politbüro der KPdSU der Reformier Michail Gorbatschow hervorging, der - wie seine Vorgänger mit ungeheurer Macht ausgestattet - die unblutigste und umfassendste Neuordnung der Weltpolitik auslöste. Die damit verbundene „Friedensdividende“ wird in ihrem Umfang erst deutlich, wenn man sich fiktional den Verlauf eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt - etwa im Jahre 1983 - vorstellt.

Auf welchem Zeitpunkt man das Ende der Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses auch immer legt: Ganz entscheidende Eckpunkte für Lehren aus seiner Geschichte sind für die zukünftige Sicherheitspolitik (der NATO) nicht mehr anwendbar (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

1. In der damaligen Konfrontation wurde die eigenständige Machtpolitik sehr vieler Staaten ausserhalb der Blöcke erheblich eingedämmt. Das Ende des amerikanisch-sowjetischen Duopols hat zwar die U.S.A. in die vielbeschworene Rolle des „gütigen Hegemons“ entlassen, allerdings mit der fatalen Folge, dass er auch als einzig verbleibender Machtfaktor überhaupt in der Lage ist, die nach der Blockbildung enthemmten Machtpolitiken verschiedener Mittelmächte zu disziplinieren.

2. Der während der Zeit des Kalten Krieges über den Eisernen Vorhang sehr konkret herüberscheinenden militärischen Bedrohung ist für Europa eine Lage gefolgt, die auf längerfristige Sicht keinerlei direkte und substantielle Bedrohung erwarten lässt. Daraus folgt, dass jede letztlich nationale Begründung undeutlich und militärische Anstrengungen sukzessive nachlassen.

3. Aufgrund der ausserhalb Europas liegenden, und somit diffuser erscheinenden, Bedrohungen muss die sicherheitspolitische Willensbildung und Entscheidungsfindung im Atlantischen Bündnis folgerichtig schwächer werden.

4. Während der NATO-Zeit passte die Beschreibung „freundlicher Hegemon“ vielleicht für die U.S.A. in Hinsicht auf den Westen; sie waren insofern eindeutige Führungsmacht, als das nationale Interesse der europäischen Staaten deren Anerkennung wegen der substantiellen Bedrohung auch nahelegte. Aufgrund der allgemeinen politischen Entwicklung der Europäischen Union ist die Anerkennung der amerikanischen Führungsmacht nicht mehr folgerichtig im nationalen Interesse. Grundsätzliche Alternativen wie die Überhöhung der multipolaren Strategie oder schlicht innenpolitisch bedingte Erwägungen sind einsehbar attraktiver als das Festhalten an den ehemaligen NATO-Lehren.

5. Nicht vermittelbar ist mehr das der ehemaligen NATO-Doktrin zugrundeliegende Abschreckungs-„Denken“, gezielt auf die politische Führung des Gegners. Wenn er Anzeichen für die Diversifizierung der politischen Willensbildung eines Bündnisses ausmachen kann, nimmt die Abschreckungswirkung militärischer Macht kontraproduktiv und entscheidend ab.

Andererseits erscheint es angesichts der Komplexität des Gesamtzusammenhangs allerdings vermessen, irgendwelche Lehren als Richtschnur für zukünftiges Handeln in der Sicherheitspolitik zu präsentieren. Sie müssten zunächst allgemein als richtig anerkannt und auch streng eingehalten werden. Welche „Lehre“ könnte aber das von sich behaupten. Ausserdem gilt noch der Zeit-Faktor: Was heute die Chance hätte, als richtig anerkannt zu werden, muss deshalb morgen gar nicht richtig sein. Zu einem reicht der Vorgang aber mit Sicherheit: Staunen ist erlaubt.